

# DIGITALISIERUNG IN NIEDERSACHSEN. CHANCE FÜR STADT UND LAND.

**Rede des SPD-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidats Stephan Weil in Hannover, 5. März 2012, im Rahmen der Veranstaltung „Digitales Niedersachsen“ des vorwärts-Verlags, Berlin.**

**Stephan Weil**  
(Es gilt das gesprochene Wort.)  
Hannover, 05.03.2012

Die Veränderungen, die mit der Digitalisierung und mit neuen Informations- und Kommunikationstechnologien verbunden sind, greifen tief in alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens ein. Diese Erkenntnis muss allen politischen Überlegungen zur Gestaltung dieses Wandels voran gestellt werden. Die Digitalisierung und das Internet haben heute schon einen sehr großen Einfluss auf Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Arbeitswelt, Verwaltung und Politik. Ich bin der festen Überzeugung, dass Politik diesen Wandel gestalten muss.

Die Frage ist, und das ist auch der Grund warum wir heute im Vorfeld der CeBIT hier vertieft über dieses Thema diskutieren, was die richtigen politischen Antworten auf diese Veränderungen sind. Baustellen gibt es genug! Und wenn wir uns in diesen Tagen vergegenwärtigen, dass in Deutschland und vielen anderen Ländern Menschen auf die Straße gehen um gegen das Produktpiraterie-Abkommen Acta zu demonstrieren – dann zeigt sich auch, dass komplexe Themen wie das Urheberrecht in einer Digitalen Gesellschaft eine enorme politische Sprengkraft und Bedeutung bekommen.

Ich kann die Proteste gut nachvollziehen. Vor allem mit Blick auf das intransparente Zustandekommen dieses Abkommens. Aber auch auf Grund der be-

fürchteten Eingriffe in Freiheitsrechte und die grundsätzliche Struktur des Internets. Die Lehren aus diesen Protesten müssen aus meiner Sicht folgende sein: Netzpolitik ist heute kein Randthema mehr für einige wenige mehr, Netzpolitik ist heute Gesellschaftspolitik. Wir können dieser Erkenntnis aber nur gerecht werden, wenn wir nicht versuchen, die Fragen von heute mit den Antworten von gestern zu bewältigen. Die Digitale Gesellschaft benötigt neue politische Antworten.

Was mir im Hinblick auf die Digitalisierung fehlt, in Niedersachsen, aber auch auf der Bundesebene, ist ein progressiver Gestaltungsanspruch, der die Chancen der Digitalisierung für Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Demokratie in den Mittelpunkt rückt und bestehende Risiken frühzeitig erkennt und beseitigt. Ich habe die feste Absicht, einen solchen Gestaltungsanspruch ab 2013 stärker zur Politik der Landesregierung zu machen. Ich habe mich in der vergangenen Zeit verstärkt mit dem gesamten Themenfeld beschäftigt, nicht als Experte, das wäre vermessen, sondern als interessierter Bürger, dem die wachsende Bedeutung dieses Politikbereichs nicht verborgen geblieben ist. Es ist mir deshalb wichtig, frühzeitig das Gespräch mit den Experten auf diesem Gebiet zu intensivieren. Daher schon jetzt ein herzliches Dankeschön an die Referenten und Gäste am heutigen Nachmittag für ihre Bereitschaft uns an ihrem Fachwissen teilhaben zu lassen und hier mit uns zu diskutieren.

Mit Blick auf das Digitale Niedersachsen möchte ich im Folgenden kurz darlegen, welche Schwerpunkte nach meiner Wahrnehmung von besonderer Bedeutung sind und diese dann gerne mit Ihnen gemeinsam diskutieren.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Niedersachsen sind ein wachsender wirtschaftlicher Faktor. Über 11.000 Unternehmen in der Informationstechnologie, der Telekommunikation und im Bereich der Medien erreichen zusammen einen Gesamtumsatz von mehr als 9 Mrd. Euro.

Weit über 60.000 Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt. Niedersachsen hat einen Anteil von 5% am bundesweiten IKT-Markt. Ziel muss es sein, diese Bereiche weiter auszubauen.

Die genannten Zahlen lassen erkennen, dass die wirtschaftliche Zukunft Niedersachsens gerade auch von wissensintensiven und hoch innovativen Produkten und Dienstleistungen abhängen wird. Auch die traditionellen Wirtschaftsbereiche befinden sich im Wandel: In der Automobilbranche, der Logistik und der Medizintechnik sind mittlerweile mehr als 80% der Innovation ITK getrieben.

Zwei Themen halte ich dabei für besonders wichtig. Sie werden übrigens auch von Unternehmen immer wieder an mich heran getragen. Die IKT-Branche braucht talents und capital. Kreative Köpfe und technisch gut ausgebildete Fachkräfte sind die Garanten für wirtschaftlichen Erfolg. Dabei geht es sicher auch um mehr Chancen für ausländische Fachkräfte, die hier in Deutschland stark nachgefragt sind.

Zu allererst geht es aber um die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler, der Studentinnen und Studenten hier in Niedersachsen. Ich bin überzeugt, dass die Zusammenarbeit von Universitäten und Schulen auf der einen und der Digitalen Wirtschaft auf der anderen Seite noch weiter intensiviert werden muss. Ohnehin glaube ich, dass Medienkompetenz schon heute eine der Grundlagen für Bildungs- und Berufschancen ist. In der Digitalen Gesellschaft wird sich dies weiter verstärken. Das bedeutet auch, dass wir unsere Schulen nicht nur mit Digitalen Lernmitteln ausstatten müssen, sondern das bedeutet aus meiner Sicht, das Thema Medienkompetenz zu einem integralen Bestandteil des Lernens in Niedersachsen werden zu lassen.

Auch im Umfeld von Universitäten haben wir große Potenziale für die digitale Wirtschaft, für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze. Ich stehe der Idee eines Zusammenschlusses von Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu IKT-Regionen in Niedersachsen sehr positiv gegenüber. Dies ist eine gute Möglichkeit um Know-How zu bündeln und den Wissenstransfer zu befördern.

Ich halte das auch für eine Möglichkeit, um eine stärkere Gründerkultur für innovative Startups zu etablieren. In der Digitalen Wirtschaft steht noch mehr als in anderen Branchen Ideen und Kreativität im Mittelpunkt. Wir haben häufig junge kreative Absolventen denen das nötige betriebswirtschaftliche Know How fehlt, um ihre Ideen umzusetzen. Auf der anderen Seite haben wir ambitionierte Betriebswirte, denen die schöpferische Kraft von Webdesignern und Entwicklern fehlt.

Diese beiden Bereiche frühzeitig beispielsweise im universitären Umfeld zusammen zu führen und mit der Erfahrung von erfolgreichen Gründern zu vernetzen, ist die Basis, aus der innovative Startups erwachsen. Auch der Bereich der ITK-Forschung muss gestärkt werden. In der Hightech-Strategie 2020 der Bundesregierung spielt ITK-Forschung aus Niedersachsen keine Rolle. Hier müssen wir unsere Potenziale besser nutzen.

Und natürlich sind wir da auch schon bei der zweiten großen Herausforderung neben der Ausbildung von Digitalen Fachkräften – Capital. Uns muss die Frage, welche Finanzierungsmöglichkeiten Startups haben, stärker beschäftigen. Ich glaube, dass wir auch in Niedersachsen eine passgenaue Förderung von Gründungen und Startups benötigen.

Ob das ein eigener Internet Gründerfonds oder eine stärkere Gewichtung dieses Bereichs in bereits bestehenden Förderfonds ist, hat dabei zweitrangige Bedeutung. Entscheidend ist eine unbürokratische und passgenaue Gründungsförderung, auch wenn ich weiß, dass das größere Problem für viele kleine Unternehmen der zweite Schritt ist, der Moment wo aus der drei oder vierköpfigen Ideenschmiede mit regionaler Verbreitung der Übergang zu mehr Mitarbeitern, zu nationaler oder gar internationaler Verbreitung erfolgen soll. An dieser Hürde scheitern viele, weil weder staatliches noch privates Risikokapital zur Verfügung steht. Hier bin ich sehr an Hinweisen oder Ideen aus der anschließenden Diskussionsrunde interessiert, wie an dieser Stelle politisch gestaltet oder gefördert werden könnte.

Es gibt weitere politische Handlungsfelder, die für mich entscheidend sind für die Chancen der Digitalisierung in Niedersachsen. Ganz oben steht für mich dabei der Breitband-Ausbau. Wir haben alle von den Fällen aus kleineren Kommunen gehört, in denen Unternehmen oder das örtliche Architekturbüro in die nächstgrößere Kreisstadt abgewandert sind, weil kein Zugang zum schnellen Internet vorhanden ist. Heutzutage eigentlich unvorstellbar, aber dennoch werden wir immer wieder mit solchen Fällen konfrontiert. Das Problem der noch immer fehlenden Bandbreite erschöpft sich aber nicht in der rein wirtschaftlichen Perspektive. Wenn wir es ernst meinen mit gesellschaftlicher Teilhabe von Jung und Alt, wenn wir es ernst meinen mit Bildungschancen in der Informationsgesellschaft, dann brauchen wir größere Anstrengungen beim Breitband-Ausbau. Natürlich bringt uns der LTE-Ausbau hier schon einen Schritt weiter, aber von einer Grundversorgung mit Breitband sind wir noch weit entfernt.

Im Übrigen ist der Breitband-Ausbau für viele Kommunen und Landkreise zu einer finanziellen Herausforderung geworden, weil sie verständlicherweise häufig nicht bereit sind, noch Jahre abzuwarten. Sie nehmen inzwischen selbst Geld in die Hand, um die Wirtschaftlichkeitslücke für die Unternehmen zu schließen und den Ausbau für ihre Bürger voran zu treiben. Bund und Land müssen hier viel mehr Verantwortung übernehmen.

Ich finde es mutig, dass die SPD-Bundestagsfraktion für ein Grundrecht auf Breitband und schnelles Internet ausgesprochen hat. In diese Richtung muss es gehen, denn wir dürfen nicht akzeptieren, dass sich die Digitale Spaltung, die zunehmend zwischen Stadt und Land verläuft, sich noch weiter ausbreitet. Gerade für Niedersachsen als Flächenland ist dies ein wichtiger Punkt. Bei einer neuen Landesregierung wird das Thema Breitband einen hohen Stellenwert haben.

Ein weiteres Thema, das in diesem Zusammenhang steht, ist die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität. Die Netzneutralität ist die Grundlage für das Netz wie wir es heute kennen. Sie ist die Grundlage für die Innovationskraft des Netzes, gerade für klein- und mittelständische Unternehmen.

Und Netzneutralität ist Garant für die Meinungsvielfalt im Netz. Ich spreche mich deshalb für eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität aus, um diese dauerhaft zu garantieren. Es ist bedauerlich, dass das Land Niedersachsen sich vor kurzem im Bundesrat gegen die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität ausgesprochen hat.

Ich habe eben im Zusammenhang mit dem Breitbandausbau auch über die Rolle des Staates in der Digitalen Gesellschaft gesprochen.

Aus meiner Sicht muss sich der Staat seiner Rolle in der Digitalen Gesellschaft neu bewusst werden. Behörden und öffentliche Institutionen in Land und Kommunen sind einer der entscheidenden Auftraggeber der IT-Branche. Diese Rolle als großer Nachfrager ist auch eine Machtposition, die für eine Steuerung genutzt werden kann.

Egal ob es um die stärkere Öffnung von Verwaltungen für Open-Source-Software oder die stärkere Nutzung von Green IT in Behörden ist. Auch ein von vielen prognostizierter Trend, der immer noch auf seinen kompletten Durchbruch wartet, kann durch den Staat entscheidend mitgestaltet werden. Intelligente Netze und Technologien als Grundlage für die Weiterentwicklung klassischer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge. E-Health, E-Mobility, E-Energy, E-Learning sind bisher nur ein Versprechen für die Zukunft.

Ich möchte, dass Niedersachsen hier zum Vorreiter wird und als Nachfrager aber auch als Gestalter von Rahmenbedingungen Investitionen in diesem Bereich ermöglicht. Modellregionen können dabei Pionierarbeit leisten und wichtige Erfahrungswerte sammeln. Wir brauchen ein Bewusstsein für die Rolle des Staates in diesem Prozess – auch als Motor und Taktgeber für neue Entwicklungen.

Ich habe bewusst eben bei der Aufzählung einen Bereich ausgespart; weil er eine herausgehobene Bedeutung für die Gestaltung der Digitalen Gesellschaft hat. Ich meine den zentralen Bereich E-Government, über den wir hier im Anschluss auch noch gesondert diskutieren werden.

EGovernment ist mehr als nur eine auf Effizienz ausgelegte Verwaltungsmodernisierung. Wir erleben heute einen großen Wunsch in der Bevölkerung nach mehr Transparenz und Beteiligung. Verwaltungen und Regierungen können sich diesem berechtigten Wunsch nicht länger versperren. Wir brauchen mehr Offenheit von staatlichem Wissen und mehr Öffentlichkeit im politischen Prozess. Niedersachsen gehört zu den wenigen Bundesländern, die kein eigenes Informationsfreiheitsgesetz haben. Die Landesregierung hat vor kurzem im Landtag auf die Frage nach einem eigenen Informationsfreiheitsgesetz in Niedersachsen geantwortet:

„Die aus Sicht der Landesregierung notwendige Transparenz der öffentlichen Verwaltung wird bereits nach geltendem Recht durch vielfältige Akteneinsichts-, Auskunfts- und Beteiligungsrechte gewährleistet.“

Ich bin davon überzeugt, dass es heute um mehr gehen muss. Wenn heute mit Blick auf Proteste gegen Großprojekte häufig lapidar entgegnet wird: „Ihr hättet doch die Pläne frühzeitig hier im Rathaus oder in einer Behörde einsehen können“, dann ist das zwar formell richtig, aber diese Zeit, die von zunehmenden Misstrauen gegenüber Politik und staatlichem Handeln insgesamt geprägt ist, braucht neue Antworten. Wir haben die technischen Möglichkeiten, um Informationen frühzeitig ins Netz zu stellen, sie dort sogar interaktiv und anschaulich aufzubereiten und somit Transparenz herzustellen. Bürgerorientierung ist das, was wir von unseren Verwaltungen verlangen können. Die technischen Möglichkeiten erleichtern die Umsetzung erheblich, wenn die finanziellen und personellen Voraussetzungen im öffentlichen Dienst dafür geschaffen werden. Hier ist aus meiner Sicht wiederum das Land gefordert.

Ich möchte einen Paradigmenwechsel. Die digitale Veröffentlichung von Daten und Informationen muss die Regel werden, und darf nicht länger die Ausnahme sein, wenn nicht schützenswerte Interessen dem entgegenstehen.

Neben der gesellschaftlichen Bedeutung, kann eine umfassende Open-Data-Strategie auch einen Anreiz für das Entstehen von Innovationen und neuen Produkten setzen, da veröffentlichte Rohdaten erst durch Dienste und Anwendungen übersetzt und anschaulich gemacht werden.

Zum Abschluss meines kurzen Inputs möchte ich noch einmal betonen: Die Digitale Gesellschaft muss auch in Niedersachsen politisch gestaltet werden. Der Wille, dies progressiv und mutig umzusetzen, fehlt mir bisher in der Landesregierung. Ich möchte das im Jahr 2013 ändern - wenn wir die Gelegenheit dazu bekommen. (Dazu gehört für mich übrigens auch, dass Netzpolitik in Zukunft stärker in der Landesregierung koordiniert wird und zwar aus der Staatskanzlei heraus. Stückwerk der einzelnen Ministerien hilft uns nicht weiter.)